

60 Jahre und (k)ein bisschen Weise?

**Abschrift und Präsentationsfolien
des Vortrags von KURT BAYER
beim Symposium**

60 Jahre Bretton Woods –
Wege in eine gerechtere Welt

**19. Juni 2004
Kleiner Festsaal der Universität Wien**

In Kooperation mit der Zukunfts- und Kulturwerkstätte

Projektleitung/nähere Information

Mag. Martin Janata
T 01-804 65 01-13
janata@renner-institut.at

60 Jahre und (k)ein bisschen Weise?

Vortrag von Herrn Dr. Kurt Bayer – Exekutivdirektor der Weltbank – anlässlich eines Symposiums des Renner-Instituts und der Zukunfts- und Kulturwerkstätte zum Thema „60 Jahre Bretton Woods – Wege in eine bessere Zukunft?“ am 19. Juni 2004.

Governance-Struktur der Weltbank

Ich bin seit zwei Jahren Exekutiv-Direktor bei der Weltbank und vertrete dort zehn Länder, Österreich, Belgien, Weißrussland, Tschechien, Ungarn, Kasachstan, Luxemburg, Slowakei, Slowenien und die Türkei. Das sind zehn der 184 Mitglieder der Weltbank. Ich wurde dorthin vom österreichischen Finanzminister nominiert, und von den zehn Mitgliedsländern, die ich vertrete, gewählt und damit dann in der zweijährig stattfindenden Wahl der gesamten Erneuerung des Weltbankvorstandes mitgewählt. Ich bin meinen zehn von mir vertretenen Ländern verantwortlich, an die wir täglich über das was in der Weltbank vorgeht berichten. Wir haben im Vorjahr 965 einzelne Projekte, Produkte, Dokumente vorgelegt bekommen, und über jedes einzelne dieser Dokumente, oder fast jedes, gibt es eine Diskussion im Board. Darüber wird dann rückberichtet. Meine Amtsperiode ist eine zweijährige, und läuft am 31. Oktober dieses Jahres aus. Die zehn Länder, die ich vertrete, haben ein Stimmrechtsgruppenabkommen auf 10 Jahre abgeschlossen, in dem Österreich mit Belgien für die Position des Exekutivdirektors rotiert. Pro futuro wird das allerdings ein vierjähriger Term sein, was äußerst sinnvoll ist, weil die Weltbank eine große und komplizierte Institution ist, und ein zweijähriger Term zu kurz ist. Man braucht ein halbes, dreiviertel Jahr, um die Institution kennen zu lernen und wirksam agieren zu können.

Wenn man versucht, die Weltbank und den Währungsfonds in ihrer Wirksamkeit zu vergleichen, dann fehlt natürlich immer das Gegenbeispiel. Was wäre gewesen, wie würde die Welt aussehen, wenn es diese beiden Institutionen nicht gäbe. Es entzündet sich, wie Frau Knoll am Anfang schon gesagt hat, ziemlich viel Kritik an den beiden Institutionen. Sind für alle schlechten Dinge, die es heute auf der Welt gibt, diese beiden Institutionen zuständig? Ich würde sagen nicht ganz, oder überhaupt nicht, aber darüber kann man natürlich diskutieren.

Was ich ganz gerne machen möchte, ist ganz kurz einen Überblick zu geben, was die Weltbank macht. Dann spreche ich kurz über den so genannten „Washington-Konsens“, der ein Zerrbild dessen ist, was ein großer Teil der Welt glaubt, was die Weltbank macht, ganz kurz reden. Und dann möchte ich in die Zukunft hineingehen und sagen, was gehört eigentlich zu einer erfolgreicherer Entwicklungspolitik, wie könnte diese aussehen, gibt es das schon, oder ist was im Laufen, und welche Rolle Entwicklungszusammenarbeit insgesamt, über die Weltbank hinaus, machen spielen könnte.

Der Kollege Janata und Frau Knoll haben es schon gesagt: die Weltbank und der Währungsfonds wurden 1944 in Bretton Woods unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs und dem Versuch, eine Nachkriegsordnung aufzubauen, gegründet.

Zielsetzung war nicht nur der Wiederaufbau Europas sondern auch Japans. Diese Institutionen sind also nicht nur europazentriert, wie man das manchmal hier gesehen hat, aber es war natürlich sicher die Aufbauarbeit am Anfang nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa größer. Und erst später hat sich die Weltbank zu einer langfristigen Entwicklungspolitik-Institution entwickelt, die eben jetzt aus 184 Mitgliedern besteht. Das war aber schon im Statut angelegt. Sie vermittelt für ungefähr 100 Länder, das sind also die Klienten-Länder der Weltbank-Gruppe, Kredite, Wissensvermittlung und auch Finanzgeschenke, also nicht rückzahlbare Kredite, mit dem grundlegenden Ziel, Armut zu bekämpfen.. Ich komme dann ein bisschen später auf ein paar konkretere Sachen zu sprechen.

Die Weltbank-Gruppe besteht aus vier einzelnen Institutionen: die Weltbank IBRD (International Bank for Reconstruction and Development) selbst, dazu die IDA (International Development Agency), sie ist für die ärmsten Entwicklungsländer zuständig. Die zweite ist die IFC, die International Finance Cooperation, das ist praktisch der Privatsektor-Arm der Weltbank, der den Aufbau eines funktionierenden Privatsektors in den Entwicklungsländern betreibt. Dann gibt es noch eine kleine Institution, die MIGA, Multilateral Investment Guarantee Association, sie sichert politische Risiken für Direktinvestitionen ab. Österreich ist derzeit der größte „Kunde“ der MIGA, die ganze Ostexpansion österreichischer Banken wurde mit MIGA-Garantien abgesichert. Und dann gibt es noch die so genannte ICSID (International Center for Settlement of Investment Disputes), das ist eine Schlichtungsstelle bei der Investitionsstreitigkeiten. Diese vier Institutionen bilden zusammen die Weltbank-Gruppe. Die Weltbank – wenn ich Weltbank sage, meine ich meistens die gesamte Gruppe – ist die weltgrößte Institution für Entwicklungszusammenarbeit und hat seit ihrem Bestehen ungefähr 550 Milliarden Dollar an Krediten und Geschenken vergeben, eine ziemlich runde Summe. Derzeit beläuft sich das jährliche Kredit- und Geschenkvolumen auf insgesamt 23 Milliarden Dollar, Weltbank und IFC gemeinsam.

Washington Consensus in Theorie und Wirklichkeit

In der Diskussion über die Weltbank wird dieser so genannte Washington-Consensus, der angeblich die ideologische oder theoretische Ausrichtung von Weltbank und auch Währungsfonds beschreibt, immer als Zerrbild und, wenn man so will, als Quelle allen Übels dargestellt. Ich möchte hier nur ganz kurz berichten, was John Williamson, ein Entwicklungsökonom, der hauptsächlich auf Lateinamerika spezialisiert ist, 1989 als Antwort auf die Lateinamerika-Krise festgelegt hat. Er meinte, man bräuchte Fortschritte in den nachstehenden Bereichen, um Lateinamerika aus der Krise zu helfen.

- Budgetkonsolidierung
- Liberalisierung der Zinsen
- Marktbestimmter Wechselkurs
- Privatisierung von Staatsunternehmen
- Deregulierung
- Importliberalisierung
- Öffnung für Direktinvestitionen
- breitere Steuerbasis und Verringerung der Progression

- Sicherstellung von Eigentumsrechten
- Ausbildung und Gesundheit als Prioritäten von öffentlichen Ausgaben

Es muss mittelfristig Budgetstabilisierung geben, man kann nicht, wie es in vielen Ländern der Fall war und ist, längerfristig riesige Budgetdefizite aufhäufen. Das schafft eben die Schuldenlasten dieser Länder, unter denen sie letztlich kollabieren. Man muss darauf achten, dass der Zinssatz liberalisiert und freigegeben wird, und sich an Marktkräften orientiert, ebenso der Wechselkurs. Staatsunternehmen sind zu privatisieren oder korporatisieren, bzw. mit privatwirtschaftlichen Regulierungsmechanismen zu versehen. Es müsste ein größerer Teil der vom Staat sehr stark regulierten Wirtschaft in diesen Bereichen dereguliert werden, um hier eben wichtige Anreize zu mehr, billigerer und besserer Produktion zu schaffen. Es müssen Importe zugelassen werden, es sollten Direktinvestitionen, also ausländisches Kapital ins Land gelassen werden, da man dadurch nicht nur Kapital bekommt, sondern auch Know-how.. Man muss die Steuerbasis verbreitern, die eben sehr oft auf sehr kleinen Bevölkerungsschichten lastet, und immer sehr hohe Progressionssätze hat, um eben ein bisschen Steuer zu erwirtschaften. Also man müsste die Steuerbasis verbreitern und die Progression verringern. Man muss Eigentumsrechte sicherstellen, damit eben ausländische und einheimische Investitionen getätigt werden, und die Investoren sicher sein können, dass sie ihre Investitionen in irgendeiner Form zurückbekommen. Und letztlich müssen, und das ist glaube ich der Teil, der nie von den Kritikern genannt wird, Ausbildung und Gesundheit als Prioritäten der öffentlichen Ausgabenpolitik festgelegt werden.

Williamson hat das konkret auf Lateinamerika bezogen. Dieser so genannte Washington-Konsens hat sich dann in irgendwie verselbständigt und wurde auch von vielen Experten von Weltbank und Währungsfonds als Entwicklungsmodell und grobe Ausrichtung der Wirtschaftspolitik angesehen. Es hat sich in den letzten 10, 15 Jahren gezeigt, und das wird auch vom „Erfinder“ selbst heute so gesehen, dass dieses Modell sehr eingeschränkt ist, dass es keinesfalls für alle Länder und für die ganze Welt zu jeder Zeit gelten kann, weil die Bedingungen in vielen Bereichen der Welt ganz anders sind als sie in Lateinamerika waren. Letztlich hat Williamson im Vorjahr in einem neuen Buch – „After the Washington Consensus“ – das sich wieder mit der jetzigen Lateinamerika-Situation befasst, vier zusätzliche Punkte dazureklamiert, und das ist glaube ich nicht ganz unwichtig.

Zum einen hat er gesagt, dass man in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig Wert darauf gelegt hat, dass die massiven Wirtschafts- und Finanzkrisen, die in vielen Entwicklungsländern immer wieder auftreten, natürlich hauptsächlich die Armen treffen, und dass die Reduktion von Krisenanfälligkeit ein ganz zentraler Punkt in einer wirtschaftspolitischen Ausrichtung von Entwicklungsländern, aber auch für reiche Länder, sein muss. Der zweite Punkt: die so genannten „Reformen der ersten Generation“, also v.a. Liberalisierung des Arbeitsmarktes, Deregulierung der Produktmärkte und Aufbau eines funktionierenden Finanzsektors müssen zum Abschluss gebracht werden, und man muss in die schwierigeren „Reformen der zweiten Generation“ übergehen. Dabei ist es wichtig, und ich habe es hier unterstrichen, dass der Aufbau von Institutionen eine ganz besondere Bedeutung hat. Es kann kein Wirtschafts- und Sozialsystem in irgendeinem Land der Welt funktionieren, wenn es nicht geeignete Institutionen im Land gibt. Also ein

Regierungssystem, ein System von Regulierungen, ein System von Sicherstellung von Eigentumsrechten und Durchsetzungsfähigkeit der Rule of Law usw. Ein Finanzplanungssystem, in dem Gelder nicht verschwinden und nicht auf liechtensteinischen, österreichischen oder schweizerische Nummernkonten landen, usw. Also dieser Institutionenaufbau ist als ganz wichtige Geschichte erkannt worden. Es muss einen Budgetplanungsprozess geben, damit die Gelder, die im Land zur Verfügung stehen, aus internen Mitteln oder aus Entwicklungshilfe oder aus ausländischen anderen Geldstromzuflüssen nicht verschleudert werden. Es muss eine Rechtsreform geben, es muss letztlich auch, und dazu kommt man in den Mitteleinkommens-Ländern immer stärker, zum Aufbau eines Innovationssystems kommen, damit diese Länder nicht nur im Primärbereich, also bei landwirtschaftlichen Gütern und bei Mineralien und Rohstoffen am internationalen Handel teilnehmen, sondern auch an höherwertigen Produkten, und es muss letztlich auch Reformen der zweiten Generation – wie z. B. Finanzmarktaufsicht geben – damit das Problem, das viele dieser Länder haben, dass die Banken mit hohen, nicht einbringbaren Krediten belastet sind, nicht zustande kommt.

Und der vierte wichtige Punkt, man muss viel stärker auf die Einkommensverteilung schauen und einen sozialen Sektor aufbauen. Eine langfristige Wirtschafts- und Sozialentwicklung kann nicht funktionieren, wenn die Einkommensschere noch weiter auseinander geht. Die meisten Entwicklungsländer haben eine sehr ungleiche Einkommensverteilung und kaum soziale Absicherung.,. Viele Menschen können am Wirtschaftssystem nicht aus eigener Kraft teilnehmen und brauchen eine gewisse Absicherung. Ich glaube, für eine Europäerin, einen Europäer ist das nichts ganz Neues, aber das war im amerikanischen bzw. angloamerikanischen Raum eine wichtige Geschichte, die Williamson da eingebracht hat.

Was das Ganze sagen will, ist dass also auch jene Leute, die angeblich die Erfinder dieses so genannten schädlichen Washington-Konsenses waren, sehr stark dazugelernt haben, und eben auch besonders Punkte wie den Aufbau von Institutionen und eine stärkere Beachtung von Einkommensverteilung mit berücksichtigen. Diese Einsichten haben sich in letzter Zeit auch immer stärker in der Weltbank, etwas weniger im Währungsfonds, und auch bei den bilateralen Entwicklungsorganisationen durchgesetzt.

Eine bessere Entwicklungspolitik; Literaturansätze

Wie könnte nun eine Entwicklungspolitik ausschauen, die besser ist als die bisherige? Ich glaube, es gibt zumindest unter fast allen Leuten, die mit Entwicklungspolitik zu tun haben, heutzutage den Konsens, dass langfristige Wirtschaftsentwicklung den Aufbau eines funktionierenden Privatsektors, der in irgendeiner Form mit privatwirtschaftlichen Regulierungen und Anreizen zu tun hat, benötigt wird. Die Rolle des Staates ist zwar wichtig, aber der Staat kann nicht die gesamte Wirtschaft führen. Es muss also eine ganz bestimmte vordefinierte Rolle des Staates geben, aber es ist wichtig den Privatsektor aufzubauen. Das heißt, man muss schauen, dass man zuerst die dazu notwendigen Institutionen aufbaut, damit sich der Privatsektor entwickeln kann:– das haben wir gelernt aus den Ländern, die aus der Ex-Sowjetunion entstanden sind, und auch in unserem Umfeld aus den ex-realistischen Ländern und deren Umwandlung in Marktwirtschaften.. Viele der

Fehlentwicklungen in Russland und vielen anderen Ländern in den frühen 90er Jahren gingen darauf zurück, dass man ein bestehendes Institutionensystem zerschlagen hat, zum Teil zu Recht, aber nicht gleichzeitig oder vorher neue Institutionen aufgebaut hat. Damit hat man einer Art von – ich sage jetzt einmal Raubkapitalismus – Raum gegeben.. Erst in den letzten Jahren werden auch in diesen Ländern verstärkt die notwendigen marktwirtschaftlichen Institutionen aufgebaut, ohne die eine Wirtschaft nicht funktionieren kann. Da ist natürlich viel Zeit verloren gegangen, viele Fehlentwicklungen, die nur schwer rückgängig zu machen sind, wurden eingeleitet.

Man muss gleichzeitig sehen, dass es in den Entwicklungsländern meist nur ganz wenige Leute gibt, die auf der Ebene von Gemeinden, Bundesländern, auf der Zentralregierungsebene jene Ausbildung haben, die die für eine marktwirtschaftliche Entwicklung notwendigen Planungs- und Verwaltungsarbeiten machen können Hier ist sehr viel an Know-how-Transfer wichtig, an Kapazitätsaufbau. Das wird von der Weltbank und vielen anderen Institutionen massiv betrieben.

Dazu muss man viel stärker auf die Einkommensverteilung schauen., Im Jargon der Weltbank heißt das, der Wachstumsprozess, den man in den Entwicklungsländern in Gang setzt, muss „pro poor“ sein, er muss primär für die Armen da sein. Man muss schauen, dass die Wachstumsprozesse sich nicht nur auf eine kleine, schmale Schicht der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft beschränken, sondern dass sie die gesamte Bevölkerung erfassen. Darüber werde ich dann ein bisschen mehr sagen.

Und vor allem, auch das hat man gelernt, es muss – es gibt leider hier keinen guten deutschen Terminus – starke Country-Ownership von entwicklungspolitischen Programmen geben. Das Entwicklungsland muss selbst diese Programme annehmen, und nicht nur annehmen, sondern muss diese Programme selbst gestalten und leben wollen, und zwar nicht nur eine schmale Schicht auf der Regierungsebene, sondern ein möglichst breiter Bevölkerungsteil muss hinter diesem Entwicklungsweg stehen, sonst funktioniert das Ganze nicht. Das heißt also: Von außen aufoktroiierte Entwicklungsprogramme funktionieren nicht, das hat man in den letzten 60 Jahren auch in der Weltbank gelernt. Breite Bevölkerungsschichten müssen vom Entwicklungspfad und seinen Teilprogrammen überzeugt sein, sie mittragen.

Und letztlich, und das halte ich für ganz wichtig: es müssen spezifische Entwicklungsprogramme für jedes Land, eben auch auf das Land spezifisch eingehen, man kann also nicht alle Länder über einen Kamm scheren. Die einfachen Entwicklungsmodelle, die man von Ruanda bis Vietnam in gleicher Weise durchzuführen versucht hat – und leider ist das lange Zeit so passiert, und daran waren alle Entwicklungspartner beteiligt – funktionieren nicht, weil eben die kulturellen, religiösen, ausbildungsmäßigen, ethnischen, klimatischen Bedingungen so unterschiedlich sind. Wenn man nicht auf das Land spezifisch eingeht, und das Land auch im regionalen Kontext sieht, dann kann das Ganze nicht funktionieren.

Andy Rodrik, ein Harvard-Ökonom, der im Entwicklungsbereich eher zu den kritischen Leuten zählt, sagt, im Grunde muss es drei Hauptbedingungen geben,

damit Entwicklungspolitik erfolgreich sein kann: es muss einen stabilen makroökonomischen Rahmen geben, und einen funktionierenden Finanzsektor, ganz wichtig, weil sonst geht das Geld, das hier aufgetrieben wird über Steuern oder Entwicklungshilfe oder andere ausländische Kapitalströme, verloren. Der Produktionsapparat muss effizient werden, es gibt also gewaltige Produktivitätspotenziale. Was gehört zu einem effizienten Produktionsapparat? Es muss, wie gesagt, Eigentumsrechte oder andere informelle Regelungen geben. Auch hier ist wichtig – und das hat die Weltbank und haben Entwicklungsinstitutionen gelernt – dass nicht unbedingt überall ein Rechtssystem nach angloamerikanischem Muster oder nach kontinentaleuropäischem Muster da sein muss. Es gibt in China und in anderen Ländern etablierte ähnliche Regeln wie konkrete Eigentumsrechte., Letztlich aber muss klar sein, wer welche Verfügungsrechte hat, weil es eben sonst kaum zu Investitionen kommt. Die Weltbank macht beispielsweise mit relativ großem Aufwand gerade ein Kataster-Projekt in der Türkei, weil hier durch Erbteilungen in der ganzen Türkei auf winzigen Landstücken zum Teil 30-Quadratmeter-Stücken jeweils bis zu 80 Besitzer sitzen. Niemand weiß, wer eigentlich das Verfügungsrecht hat, es kann niemand einen Kredit auf dieses Land aufnehmen, weil keine Bank weiß, wer eigentlich dafür haftet. Hier werden also mit sehr großem Aufwand z.B. Ex-Besitzer, die in Deutschland oder Österreich Fremdarbeiter sind oder schon hier integriert sind und noch in alten Dokumenten vermerkt sind oder nur in den Erinnerungen alter Menschen präsent sind, ausgeforscht, und es wird also hier ein modernes Kataster-System aufgebaut. In den ganzen Reformstaaten Südosteuropas, in Slowenien, Ungarn sind auch mit österreichischem Know-how solche Grundbücher aufgebaut worden. Das ist wahnsinnig wichtig, weil hier kann es auf der einen Seite zur Übertragung von Eigentumsrechten von Grundstücken kommen, wenn man weiß, wem was gehört. Und auch jetzt können erstmals Bauern auch Kredite aufnehmen und damit Investitionen tätigen.

Das Zweite ist Vereinbarkeit von Produzenten-Anreizen mit sozialen Kosten und Nutzen, das klingt sehr technisch – das heißt im Grunde, man muss drauf schauen, dass wenn es irgendwelche Subventionen und Produzenten-Anreize gibt, diese auf alle Fälle mit längerfristigen sozialen Kosten- und Nutzenrechnungen versehen wird. Das heißt, man muss hier schauen, nützt das nur einer geringen Schicht von Leuten, oder hat das langfristige Effekte, um die Wirtschaft in Gang zu bringen und Pro-Poor-Wachstum zu erzielen; und letztlich braucht man ein rechtsstaatliches System, mit dem man eben Eigentumsrechte durchsetzen kann.

Wie schaut es mit der Stabilität von Makrorahmen und Finanzsystem aus? Dazu wird sicher auch Hans Prader später etwas sagen, weil das eine Materie ist, deren Beurteilung die Weltbank in weiten Bereichen dem Währungsfonds überlässt. Aber es ist klar, es muss eine effiziente Geldpolitik geben, damit es zur Vermeidung von Überliquidität und massiven Inflationsproblemen kommt. Inflation und Deflation ist katastrophal für jeden, der investieren will. Es muss eine mittelfristig tragfähige Fiskalpolitik geben. Die meisten Entwicklungsländer sind aus der Vergangenheit mit riesigen Staatsschulden belastet, die daraus resultieren, dass lange Zeit mehr ausgegeben wurde als die Länder einnehmen konnten, sowohl aus internen Steuermitteln wie auch aus Entwicklungshilfemitteln. Also man muss hier schauen, dass man zu einer mittelfristig vernünftigen Balance von Einnahmen und Ausgaben kommt. Und letztlich ist es wahnsinnig wichtig, den Finanzsektor vor exzessiven

Risiken und Schocks zu schützen. Denken wir, was in Argentinien vor kurzem passiert ist, was in Russland 1998 passiert ist, was in Ostasien vorher passiert ist, massivste Finanzkrisen, die zum größten Teil vom Finanzsektor und von der Fiskalpolitik ausgelöst wurden. Hier muss die Regierung schauen, dass solche Risiken in Zukunft weitgehend vermieden werden.

Wie schaut es mit dem ganzen Komplex Verteilungsgerechtigkeit und für die Armen wirksame Wirtschafts- und Wachstumspolitik aus? Es gibt hier, und das ist ein langer Lernprozess, innerhalb der Weltbank sehr viele Leute, die sagen, wir stellen eine Marktwirtschaft auf die Beine, die genügend Rendite (=Staatseinnahmen) abwirft, dass wir eben dann einzelne Transfers an die armen Leute geben können. Und es gibt Leute, zu denen ich mich auch zähle, die sagen, man muss den Wachstumsprozess selbst so gestalten, dass er eben nicht nur auf die Großindustrie und eine kleine Schicht von Leuten konzentriert ist, sondern dass auch der „normale“ Wirtschaftsprozess möglichst breit in alle Bevölkerungsschichten hineingeht. Ich sage dann noch ein bisschen was dazu. Dazu muss es natürlich auch, weil nie alle Menschen am Wirtschaftsprozess teilnehmen können, Sozialtransfers geben, es muss also irgendwer für den Aufbau eines Sozialversicherungssystems verantwortlich sein, sowohl von Pensionsseite wie auch von Krankenversicherungsseite her. Diese Systeme müssen für jene, die es sich nicht leisten können, subventioniert werden. Es muss ganz gezielt Armutsbekämpfung gemacht werden. Man muss dann schauen, dass man jenen Personen, die nicht am Wirtschaftsprozess teilnehmen können, auch einen gewissen Lebensstandard ermöglicht. Dazu braucht man gewisse Mittel. Und man muss diese Umverteilungsmaßnahmen so gestalten, dass sie auch wieder nicht den Wirtschaftsprozess zum Erliegen bringen, sondern in den Wachstumsprozess hinein integriert werden können.

Eine frühere Weltbank-Vizepräsidentin, die jetzt in einem Think-Tank tätig ist, Nancy Birdsall, hat vor kurzem ein Gegenmodell zu diesem Washington-Konsens hergestellt und in einem Buch mit dem Titel „Washington Contentious“ eine Reihe von Regeln aufgestellt, die sich nur zum Teil vom neuen Washington-Konsens von Williamson unterscheiden, aber auch in die richtige Richtung gehen.

Es muss eine regelbasierte Fiskaldisziplin geben, das heißt man muss Fiskalregeln aufstellen, das ist etwas, was man auch im Staate Österreich verstärkt machen könnte. Es muss ein mittelfristig ausgerichtetes auf Regeln basiertes Finanzsystem geben, in dem nicht in jedem Moment, wenn es ein bisschen mehr Steuereinnahmen gibt, 20 Minister sagen, ich habe eine gute Idee, wie man das Geld ausgeben kann, und jeder Finanzminister dann sehr einsam in der Regierung den Wünschen der Front aller ausgabefreudigen Minister allein entgegensteht. Man braucht also hier – und alle erfolgreichen Länder in Europa – auch in anderen Ländern zeigen das, einen mittelfristigen Ausgabenrahmen, der auf Regeln basiert und die gesamte Regierung bindet.

Das Zweite sind automatisch einsetzende Sozialmaßnahmen, also automatische Stabilisatoren, in Ländern, die große oder relativ weitgehende Sozialsysteme wie die kontinentaleuropäischen Länder haben, eine Selbstverständlichkeit. Das heißt, dass z. B. Arbeitslosengelder einsetzen, wenn die Arbeitslosigkeit größer wird, dass Sozialmassnahmen einsetzen, wenn die Armut größer wird, usw. Das muss man in

Entwicklungsländern natürlich erst aufbauen. Nancy Birdsall meint, es wäre wichtig, die starken Konjunkturschwankungen in Ländern einzuebnen, weil die starken Ausschläge und vor allem die Ausschläge nach unten den Armen besonders viele Arbeitsplätze wegnehmen und sie deutlich stärker treffen als die Reichen. Deswegen wäre es wichtig, die Konjunktur stärker zu verstetigen. Es muss natürlich – und da ist die Weltbank sehr stark dran – Ausbildungssysteme geben, die alle Bevölkerungsschichten und besonders die Ärmsten erfassen, man muss Schulen aufbauen am flachen Land, wie das so schön heißt, in den Armenvierteln der Städte. Das ist, glaube ich, heutzutage schon Allgemeingut. Umverteilung durch Steuer- und Ausgabenpolitik, klar. Es muss eben, und das halte ich für sehr wichtig, eine Klein- und Mittelunternehmerförderung geben; die Wirtschaftsförderung darf sich nicht nur auf die großen Unternehmen beschränken sondern muss auch in Klein- und Mittelbetriebe hineingehen, damit auch jene Leute, die am Land wohnen, in den Städten, in anderen Vierteln, an Kredite und auch Fördermaßnahmen herankommen. Das ist keine Selbstverständlichkeit in vielen Entwicklungsländern. Es muss natürlich den Schutz von Arbeitnehmerrechten geben, die Frage ist wie, aber jedenfalls ist das in vielen Entwicklungsländern überhaupt nicht gegeben. Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht muss aktiv bekämpft werden. Viele Entwicklungsländer haben natürlich noch niedrigere Frauen-Erwerbsquoten als es bei den reichen Ländern der Fall ist, viele haben ein riesiges Potenzial an ungenutztem Know-how und an Möglichkeiten, am Wirtschaftsprozess teilzunehmen, also hier gibt es viel zu tun. Letztlich müssen öffentliche Dienstleistungen auf die Bedürfnisse der Konsumenten eingehen, das heißt also jetzt öffentliche Versorgungsleistungen, Wasserversorgung, Stromversorgung, Abfallentsorgung usw. müssen letztlich in irgendeiner Form von der öffentlichen Hand gemacht werden, bzw. die öffentliche Hand muss zumindest die Verantwortung übernehmen, dass diese Sachen gut funktionieren.

Eine bessere Entwicklungspolitik a la K. Bayer

Ich halte von diesen zehn Punkten relativ viel, das ist auch lang in Bereichen der Weltbank und bei anderen Entwicklungspartnern diskutiert worden. Ich würde in einzelnen Bereichen das ein bisschen besser ausformen, und jetzt komme ich zu dem, was ich aus dem Ganzen versuche zu machen, und auch in der Weltbank immer wieder diskutiere:

Es gibt eine ganze Reihe von Elementen, die besser sein könnten als sie es jetzt sind. Der, sagen wir konservative, Konsens heutzutage ist, dass die makroökonomische Wirtschaftspolitik, also Geldpolitik, Fiskalpolitik letztlich in der Hauptsache neutral zu sein hat und sich nicht in den Entwicklungsprozess einmischen darf, sondern nur für einen stabilen Rahmen zu sorgen hat. Ich halte das für zu kurz gegriffen, und glaube, die Makropolitik muss eben auch aktiv da sein. Konkret äußert sich das z. B. in einer Diskussion um den so genannten „Fiscal Space“. Dabei gibt es gewisse Auffassungsunterschiede zwischen Währungsfonds und Weltbank, aber auch zwischen unterschiedlichen Fraktionen innerhalb der Weltbank und zwischen anderen Leuten. Das Problem ist folgendes: Die meisten Entwicklungsländer haben massive Budgetprobleme und man sagt ihnen, dass sie ein mittelfristig ausgeglichenes Budget haben müssen. Wir kennen diese Diskussion auch aus der EU. Deshalb haben sie nicht genug fiskalischen Spielraum, um die

notwendigen Infrastrukturinvestitionen, die das Land für den Aufbau einer Wirtschaft braucht, tätigen zu können. Und hier ist eben die Frage, wer gewinnt jetzt, oder wie viel Fiscal Space (also fiskalischen Spielraum) soll man solchen Entwicklungsländern zugestehen. Die Frage ist natürlich schwierig, weil wenn man sagt, es gibt keine Budgetbeschränkung mehr, dann kommen wir genau wieder in die Situation, unter der jetzt schon sehr viele Entwicklungsländer leiden, dass über längere Frist immer mehr ausgegeben als eingenommen wird und wieder massive Schuldenprobleme entstehen. Die Schulden müssen zurückgezahlt werden, und reduzieren damit wieder die Möglichkeit, notwendige Investitionen zu finanzieren. Auf der anderen Seite würde ich sagen, das sagen auch viele andere Leute, man muss trotzdem nicht jeden Augenblick ganz strikt mit der Fiskalpolitik sein; es muss die Möglichkeit geben, dass man eben solche Ausgaben finanziert, von denen nachweislich, und man muss da sehr stark argumentieren, mit großer Wahrscheinlichkeit Wachstumsprozesse ausgehen, . Es muss also ab und zu der Wachstumsgedanke vor dem Stabilitätsgedanken Vorrang bekommen. Wie gesagt, dies ist unter den Ökonomen zwischen Weltbank und Währungsfonds relativ stark umstritten, meiner Meinung nach aber notwendig.

Das Zweite ist, eine wachstumsfördernde, oder eine gleichheitsfördernde Wachstumspolitik, Pro-Poor-Growth, darf sich nicht nur auf Sozialtransfers beschränken, sondern muss im geplanten Wachstumsprozess darauf hinzielen, dass ländliche Entwicklung gemacht wird, dass auch kleine Betriebe entstehen können usw. Es muss die Infrastruktur, die gebaut wird, sich nur an den durchsetzungsfähigen politischen Interessen der großen Industrien und der großen Städte orientieren, sondern schauen, dass sie auf die Notwendigkeiten, die die Masse der Bevölkerung und die Armen haben, angepasst ist. Der Arbeitsplatzgehalt jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme ist zu überprüfen, und im Zweifelsfall sind die arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen vorzuziehen. Man muss stärker auf Klein- und Mittelbetriebe schauen, das macht das IFC jetzt immer mehr, und Mikrofinanzierungsmodelle anwenden. Man muss schauen, dass ein Grossteil des informellen Sektors – in den meisten Entwicklungsländern sind das 40 bis 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, der natürlich auch keine Steuern zahlt, der auch, weil er nicht formell ist, arbeitsrechtliche Normen nicht einhalten muss, in den formellen Sektor übergeführt wird. Das wäre eine wichtige Aufgabe, und eine Zukunftsaufgabe. Man muss, wenn man Direktinvestitionen aus dem Ausland und Infrastrukturprojekte macht, darauf schauen, dass man lokale Wertschöpfungs- und Zulieferungskettenaktiviert, damit nicht nur diese ganzen Dinge importiert werden. Ich halte dies für wahnsinnig wichtig, und IFC, der Privatsektorarm der Weltbank macht das zunehmend. Es muss eine angepasste Technologie- und Innovationsentwicklung geben, man sollte also nicht unbedingt jene Technik übertragen, die in den reichsten Ländern da ist, sondern schauen, was passt am besten für die Bedingungen im betreffenden Land. Das macht aber immer wieder riesige Probleme, weil die Eliten in den Entwicklungsländern immer das haben wollen, was die reichsten Länder haben, und nicht das, was zu ihrem Land am besten passt. Also hier gibt es auch innerhalb der Entwicklungsländer massive Probleme. Man muss stärker auf ländliche Entwicklung setzen, und auf Community-Development, also schauen, auf der lokalen Ebene mehr zu machen, und natürlich auch Stadtentwicklung zu machen. Da gibt es eine ganze Reihe von Initiativen, die die Weltbank auch macht, aber da könnte man natürlich deutlich mehr machen.

Ich habe schon früher davon gesprochen, wie wichtig Country-Ownership ist, ich komme schon fast zum Ende. Ohne Country-Ownership geht es nicht. In den 60er, 70er, 80er Jahren hat man versucht, Entwicklungsmodelle, die sich (sage ich jetzt einmal) die weißen Männer aus Washington ausgedacht haben, auf Schwarzafrika z. B., auf Südostasien, auf Lateinamerika zu transferieren – das hat in vieler Hinsicht nicht funktioniert und hat zu einer massiven Verschwendung von Geldern geführt.

Im so genannten Monterrey-Consensus, das war eine Konferenz zum Thema „Financing for Development“ in Monterrey in Mexiko im Jahr 2002, ist die respektive Rolle der Entwicklungsländer, der Entwicklungshilfe-Institutionen der Weltbank und der reichen Länder festgelegt worden. Und hier haben sich dann die Entwicklungsländer – das Modell hat es zwar vorher schon zum Teil gegeben – zur Erstellung von so genannten Poverty-Reduction-Strategy-Papers (PRSPs) verpflichtet, das sind mittelfristige Entwicklungsstrategien, die im Land selbst erstellt werden, auf drei bis fünf Jahre, die unter breitestmöglicher Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu erstellen sind. Die also nicht nur von der Zentralregierung selbst gemacht werden, sondern in die Dörfer, NGOs, Frauengruppen, Privatsektorinitiativen, Arbeitnehmerorganisationen in Konsultationsprozessen einbezogen werden. Es haben bisher 50 oder 60 – ich bin jetzt nicht ganz sicher – Länder solche PRSPs erstellt, und andere sind dabei, das zu machen. Und in vielen Ländern führt das zum ersten Mal zum Aufbau oder zur Artikulation von zivilgesellschaftlichen Institutionen in den Ländern und zu einer Mitsprache oder zumindest erst einmal zu einem Anhörungsrecht und hoffentlich dann auch zu einer Mitsprache von weit verbreiteten Bevölkerungsschichten in der Entwicklungsstrategie. Wahnsinnig wichtig, da gibt es sicher noch sehr viel zu verbessern, und natürlich ist es so, dass in vielen Ländern die Regierenden sich jene NGOs zur Mitsprache aussuchen, die ihnen eher genehm sind, als die sehr kritischen. , Aber der Prozess ist in Gang gekommen, und das ist meiner Meinung nach eine der ganz großen Errungenschaften der letzten zehn Jahre Entwicklungspolitik. Das führt zu einer Einbindung, Aufbau von Zivilgesellschaft, natürlich muss noch das Parlament dabei sein, Interessensgruppen etc.

Good Governance ist ebenso wahnsinnig wichtig (und ebenso unübersetzbar), hängt mit Country-Ownership zusammen; es muss eine verantwortliche Regierung geben, die die Fähigkeit hat, aber auch den Willen, ordentlich, nicht korrupt zu regieren, die das Wohl der Armen als Ziel ihrer politischen Aktivitäten hat. Es funktioniert nicht immer so wie man das haben will, wer weiß das besser als die Weltbank und die NGOs, die in diesen Ländern arbeiten, aber auch hier glaube ich gibt es Fortschritte.

Und letztlich glaube ich, ist dieses Country-Ownership-Prinzip, und das ist der Appell wieder an die Entwicklungshilfe-Institutionen, den Ländern selbst mehr Platz für eigenständige und unkonventionelle Maßnahmen zu lassen. Die Weltbank, auch der Währungsfonds sind manchmal zu ungeduldig und arrogant und sagen, wir wissen, was funktioniert, wir haben das auch in anderen Ländern gelernt. Du Land X machst das jetzt auch so. Eines der Länder in meiner Stimmrechtsgruppe, Weißrussland, ein schwieriges Land in den politischen Verhältnissen, geht einen sehr sehr langsamen und sehr sehr gradualistischen Weg und liegt im dauernden Clinch mit dem Weltbankmanagement, weil dieses immer sagt, ihr müsst schneller liberalisieren, ihr

müsst Prozesse schneller machen. Weißrussland sagt, wir gehen den Weg, von dem wir glauben, dass er sozial verträglich ist, und ich glaube, man muss auch solchen Ländern mehr Platz lassen für ihren eigenen Entwicklungsweg und ihnen nicht zu sehr auf die Zehen steigen.

Über die Weltbank hinaus, die Frau Knoll hat es am Anfang angesprochen, gilt: Entwicklungszusammenarbeit, muss, und das ist zum Teil in diesem Jahrtausend stärker der Fall, die Entwicklungsländer und nicht nur die Regierungen sondern auch breitere gesellschaftliche Gruppen, als Partner ansehen.

Entwicklungszusammenarbeit darf nicht als Gnadenbrot der Reichen and die Armen gesehen werden, sondern muss natürlich auch als Beitrag der reichen Länder zu einer stabileren Welt gesehen werden; es gibt also nicht nur einen humanitären Aspekt, sondern einen stark interessenbezogenen. Das ist ein Appell auch an alle hier, sich in ihren österreichischen Vertretungen, im Parlament, in der Regierung stärker dafür einzusetzen, dass es eben nicht nur darum geht, ich sage jetzt einmal so, den armen „Negern irgendwo in der Wüste“ irgendwas zu geben, sondern das ist wirklich ein Beitrag zu einer stabilen Welt. Wir stimmen mit der Formulierung, die die Frau Knoll am Anfang hier gebracht hat überein: Armut schafft Konflikt, und Konflikt schafft aber auch Armut. Wir müssen alle sehen, dass auch wir in der reichen Welt davon profitieren, wenn die Welt stabiler ist und es weniger kriegerische Auseinandersetzungen gibt, wenn es weniger Bürgerkriege und Krankheiten gibt. Deswegen glaube ich also auch an Partnerschaft.

Entwicklungszusammenarbeit wird heutzutage immer mehr zu einem Wissenstransfer statt wie bisher zu einer Finanzierungsquelle. Das betrifft besonders die Weltbank. Die Weltbank sieht sich immer mehr als Wissensbank und nicht nur als jemand, der Geld transferiert, und es werden eben die Wissensprodukte der Weltbank, der 10.000 Weltbankmitarbeiter immer stärker gefragt.

Geld ist nicht alles, aber vieles

Zur Quantität der Entwicklungszusammenarbeit, der Entwicklungshilfeströme. Es gibt dieses alte Ziel, das in der UNO nicht verbindlich, aber seit langer Zeit vereinbart wurde, dass eben die reichen Länder 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts über EZA-Gelder an Entwicklungsländer weitergeben sollen. Die meisten der Industrieländer sind jedoch weit davon entfernt. Die EU hat Lissabon-Prozess festgelegt, dass bis zum Jahr 2006 0,39 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts als Entwicklungshilfegelder gegeben werden sollen. Jedes Land muss mindestens 0,33 Prozent erreichen. Wir sind noch ziemlich weit weg davon, auch Österreich ist vom 0,33-Prozent-Mindestziel noch um einiges weg. Es ist bekannt, die Länder, die hier sehr gut unterwegs sind, sind die skandinavischen Länder, die haben über ein Prozent an Entwicklungshilfe gegeben, besonders schlecht sind die USA, die haben nur 0,1 oder 0,11 Prozent vergeben, also hier ist auch in der Quantität mehr zu tun.

Es geht aber nicht nur um die Quantität des Geldes, vielleicht kann man auch die absolute Zahl sagen, die gesamte Entwicklungshilfe, die heutzutage vergeben wird, sind 58 Milliarden Dollar, davon nur ein Drittel allerdings in cash, in Bargeld, der Rest in Entschuldungen, etc.. Auch Österreich rechnet zur Entwicklungshilfe z. B. auch fiktive Zahlungen, wie Studiengeldzahlungen für ausländische Studenten aus Entwicklungsländern, bei denen aber als Beitrag, den sie nicht zahlen müssen, nicht

das gerechnet wird, was die österreichischen Studenten zahlen, sondern ein weitaus höherer Betrag, der nicht in Geld vergeben wird.

Wichtig neben der Quantität sind auch Qualität und Effektivität der Entwicklungsgelder. Die Entwicklungsländer brauchen langfristige und langfristig stabile Ströme an Entwicklungshilfegeldern. Für viele Entwicklungsländer machen die Zahlungen, die sie bekommen, zwischen 20 und 30 Prozent ihres gesamten Budgetvolumens aus. Wenn sie jetzt nicht damit rechnen können, dass sie im nächsten Jahr ein ähnliches Geld bekommen, ist jegliche mittelfristige Planung hinfällig. Heutzutage wird Entwicklungshilfe meist nur auf Jahresbasis vergeben. Es wird lange schon gefordert, dass eben die Entwicklungshilfe auch in ihrem zeitlichen Ablauf an die Budgetzyklen der Entwicklungsländer angepasst werden soll, damit sie bei ihrer Budgeterstellung damit rechnen können, dass sie soundsoviel Geld vom Ausland bekommen, und nicht dann, wenn das Budget von ihnen verabschiedet ist, und dann später (k)ein Geld kommt, das dann nicht mehr eingeplant werden kann. Entwicklungshilfe geht zunehmend in die Richtung, (und da ist noch ein weiter Weg), dass den Entwicklungsländern das Geld als Budgethilfe gegeben wird, und nicht als von außen mitbestimmtes Investitionsprojekt oder ein bestimmtes Subventionsprojekt. Man lässt heute den Entwicklungsländern mehr freie Hand, wie sie das Geld verwenden, weil sie es am besten wissen. Sie sollten sich am größten Entwicklungseffekt orientieren, tun es zum Teil schon, aber nicht immer, und dann muss es natürlich zusätzlich auch Ad-hoc-Hilfen geben, also über die geplanten Mittel hinaus wie bei Naturkatastrophen, als Risikoausgleich bei sehr starken Schwankungen, wenn die Baumwollpreise und Kaffeepreise ins Bodenlose fallen, für Länder, die ein Produkt hauptsächlich exportieren ein gewaltiges Problem. Wechselkursschwankungen könnte man ausgleichen, humanitäre Hilfe ist natürlich wichtig. Und sehr wichtig ist im Post-Conflict-Bereich, die Bereitstellung von Mitteln für den Wiederaufbau.

Einige aktuelle Weltbank-Themen

Ich gehe jetzt nur noch auf ein paar Fragen ein, die in der Weltbank aktuell diskutiert werden: Es gibt diese so genannten Governance-Fragen, das heißt also, wer bestimmt in der Weltbank, was dort vor sich geht? Da gibt es ein Projekt, wo die Entwicklungsländer und NGOs sich sehr stark um eine Verstärkung der Stimmrechte bzw. Teilnahmefähigkeit der Entwicklungsländer einsetzen, das läuft unter „Voice and Participation“.

Es gibt seitens einiger Länder Vorschläge, die sehr stark von Teilen des US-Treasury und vom US Congress betrieben werden, dass man die Entwicklungshilfe-Institutionen Weltbank und Währungsfonds schrumpfen sollte. Es gibt hier eine Diskussion, dass die Weltbank, deren Entwicklungsaktivitäten hauptsächlich auf Krediten aufbauen, stärker auf Geschenke umgestellt werden sollten. Darüber kann man reden, das hat Vor- und Nachteile. Und es gibt natürlich auch immer eine mir sehr an die Nieren gehende Diskussion über die Weltbank und den Währungsfonds, die ein so genanntes Resident-Board haben, also einen permanent tagenden Aufsichtsrat, der sehr teuer ist. Es stellt sich zurecht die Frage, ob dort 24 Aufsichtsräte mit ihren Büros notwendig sind, ob das die beste Lösung ist. Die Weltbank hat meiner Meinung nach in den kommenden Jahren ein gewisses

Einkommensproblem, was ihre Fähigkeit, Entwicklungshilfekredite zu vergeben, verringern könnte. Viele Mitteleinkommensländer, z.B. die Türkei, Brasilien, Argentinien, China und andere wollen die Sozial- und Umweltauflagen der Weltbank nicht akzeptieren und verschulden sich lieber etwas teurer auf den privaten Finanzmärkten. Dazu kommt, dass die Weltmarktzinsen zurzeit sehr sehr niedrig sind, und die Zinsdifferenz, die die Weltbank ihnen bieten kann, nicht attraktiv genug ist, um eben diese „Safeguard“ der Weltbank zu akzeptieren., Aber das sind genau die Länder, aus deren Zinsspanne das Einkommen der Weltbank generiert wird, mit dem die Weltbank den Betrieb finanziert, aber eben auch einen Großteil der subventionierten Kredite an die ärmsten Länder. Hier muss man also überlegen, wie man mit dieser Situation umgehen kann.

Es gibt eine Diskussion über Menschenrechte, das lasse ich weg, weil das kommt dann sowieso in der Diskussion.


Es gibt eine Diskussion, die glaube ich sehr berechtigt ist: die Weltbank hat ihr Portefeuille massivst ausgeweitet in den letzten zehn Jahren. Es gibt ein ziemlich großes Programm zur Eingliederung von Roma in den südosteuropäischen Ländern, es gibt ein Programm, das sich mit Behinderten befasst, es gibt einen Teil mit Menschenrechtsaktivitäten. Präsident Wolfenson hat eine Jugendinitiative ins Leben gerufen – all das sind natürlich lauter sehr wertvolle Ziele. Die Frage ist nur, muss die Weltbank das machen oder sollte sie sich nicht eigentlich auf ihr Kerngeschäft, die Vergabe von Entwicklungskrediten und den Aufbau von tragfähigen Wirtschaftsprozessen in Entwicklungsländern wieder konzentrieren. Ich bin der Meinung, sie müsste eigentlich stärker auf ihr Kerngeschäft zurückgehen, und die anderen Geschichten anderen Entwicklungs-Institutionen überlassen.

Es ist irgendwie vorher angesprochen worden, die Weltbank macht so viele große Dammprojekte – wahr ist viel mehr, dass in den letzten zehn Jahren die Weltbank deutlich weniger als 10 Prozent ihrer Gelder in Infrastrukturprojekte investiert hat. Es gibt allerdings seit dem Vorjahr wieder einen neuen Infrastruktur-Aktionsplan, weil aufgrund des Drängens der Entwicklungsländer und auch der Mitteleinkommensländer, die zu recht sagen, Infrastruktur, Straßen, Transportmittel, Kommunikation, Energie ist unerlässlich, um die Wirtschaft in Gang zu bringen. Wenn das nicht geht, dann kommt kein Wirtschaftsprozess in Gang. Das wird in einem neuen Infrastruktur-Aktionsplan gemacht, der aber anders aufgezogen wird als früher.

Ich habe über die Mitteleinkommensländer gesprochen, es gibt diese so genannten Licus-Länder, in denen die Weltbank tätig ist. So genannte „Low-Income-Countries under Stress“, das sind also jene Länder, die in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt sind, in denen die Weltbank, sobald sich halbwegs friedenssichernde Maßnahmen abzeichnen, sehr sehr früh tätig wird. Ein Beispiel, wir haben gestern Abend drüber gesprochen, ist Sierra Leone, wo eben die Weltbank jetzt z. B. ein Reintegrationsprojekt macht, wo 25.000 Kindersoldaten, die seit zehn Jahren nur mit marodierenden Horden durchs Land gezogen sind und Aids verbreitet haben und sich nur mit Gewalt alles verschafft haben, nicht lesen und schreiben können, jetzt 20 Jahre alt sind, in die Gesellschaft reintegriert werden, gewaltiges Problem dort.

Und es gibt natürlich das Problem der Entschuldungsinitiative HIPC (Highly Indebted Poor Countries) und der langfristigen Schulden tragfähigkeit von einzelnen Ländern, das immer stärkere Aufmerksamkeit in der Weltbank und im Währungsfonds hervorruft, weil das natürlich ein wichtiges Problem ist.

Es gibt also neue Probleme. Zum Abschluss möchte ich noch sagen, ich halte die Weltbank im Gegensatz zu Teilen der österreichischen Verwaltung, mit dem ich es immer gern vergleiche, weil ich in beiden Institutionen tätig war, für eine sehr stark lernende Institution. Es gibt sicher sehr viel zu verbessern, aber sie hat aus ihren Fehlern und aus den Verwaltungsstrukturen und aus den Misserfolgen der Vergangenheit massivst gelernt. Es gibt laufende Instrumente, die immer wieder die Wirksamkeit von Maßnahmen der Weltbank überprüfen. Wie gesagt, auch eine 10.000-Personen-Institution ist natürlich immer bürokratisch, man hat natürlich immer eine gewaltige Friktion, aber die Bank ist eine lernende Institution. Jetzt komme ich zum ganz letzten Wort mir als Vertreter Österreichs und dieser zehn Länder im Weltbank-Aufsichtsrat ist jede Anregung, die ich bekomme, wie man es besser machen kann, sehr willkommen. Sehr wenige Anfragen sind von österreichischen NGOs in den letzten zwei Jahren an mich herangetragen worden, da geht es eher immer außen herum, aber ich bin über jede inhaltlich konstruktive aber auch kritische Maßnahme und Meinung sehr sehr dankbar. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.



*60 Jahre und (k)ein bisschen
weise?*

QUO VADIS – WELTBANK?

Kurt Bayer

Exekutivdirektor bei der Weltbank für Österreich, Belgien,
Weissrussland, Tschechien, Ungarn, Kasachstan,
Luxemburg, Slowakei, Slovenien, Türkei

Renner Institut 19.6.2004





60 JAHRE UND (K)EIN BISSCHEN WEISE ?



★ Kurzer Rückblick

★ “Washington Consensus”

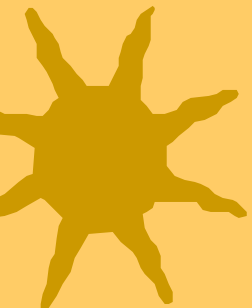
★ Was gehört zu einer erfolgreichen
Entwicklungspolitik?

– Verteilungsgerechtigkeit

– Gleichheitsfördernde Wachstumspolitik

– Country Ownership

★ Rolle der EZA





Kurzer Weltbank-Rückblick

- ★ Gegründet 1944 in Bretton Woods, N.H. (gemeinsam mit IMF)
- ★ Zielsetzung: Wiederaufbau Europas und Japans, später: langfristige Entwicklung
- ★ Besteht aus IBRD/IDA, IFC, MIGA, ICSID
- ★ Weltgrösste Institution für Entwicklungszusammenarbeit
- ★ Bisher insgesamt ca. 550 Mrd \$ vergeben
- ★ Jährlich dzt. rund 23 Mrd \$





“Washington Consensus” als Paradigma?



- ★ J. Williamson: 10 Punkte als Politikformat in Antwort auf die Lateinamerika-Krisen (1989)
 - Budgetkonsolidierung
 - Liberalisierung der Zinsen
 - Marktbestimmter Wechselkurs
 - Privatisierung von Staatsunternehmen
 - Deregulierung
 - Importliberalisierung
 - Öffnung für Direktinvestitionen
 - breitere Steuerbasis und Verringerung der Progression
 - Sicherstellung von Eigentumsrechten
 - Ausbildung und Gesundheit als Prioritäten





“Washington Consensus Neu”

Bedeutung von Institutionen und Einkommensverteilung

- ★ Verallgemeinerung und Vereinfachung des W.C. als gegenproduktiv und unzureichend erkannt (“After the Washington-Consensus”, 2003)
- ★ **4 zusätzliche Punkte**
 - Reduktion von Krisenanfälligkeit
 - Abschluss der Reformen der 1. Generation (zB Arbeitsmarkt, Finanzsektor)
 - Beginn Reformen 2. Generation: z.B. Aufbau von **Institutionen**, Budgetplanung, Rechtsreform, Innovationssystem, FM- Aufsicht
 - Einkommensverteilung, Aufbau Sozialsektor



Der Weg Vorwärts

VORVERSTÄNDNIS: ENTWICKLUNG BRAUCHT
FUNKTIONIERENDEN PRIVATSEKTOR,
DEFINIERTER ROLLE DES STAATES

- ★ Bedeutung von Institutionen - Stärkung der geistigen Kapazitäten im Planungs-, und Verwaltungsbereich
- ★ Einkommensverteilung und “pro-poor Growth” (inkl. aktive Rolle Makropolitik)
- ★ Country Ownership (inkl. “unkonventionelle” Wege)
- ★ Kontext-und Landes-Spezifität

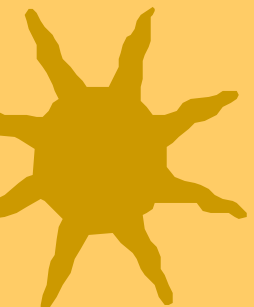




Was gehört zu einer erfolgreichen Entwicklungspolitik (Rodrik)?



- ★ Stabilität des makroökonomischen Rahmens und des Finanzsektors
- ★ Effizienz des Produktionsapparats (statisch und dynamisch)
- ★ Verteilungsgerechtigkeit und Armutsbekämpfung





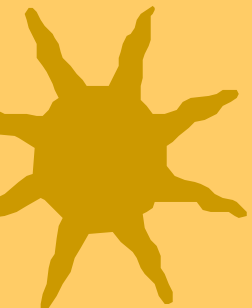
Effizienz des Produktionsapparats



★ Stärkung von Eigentumsrechten, bzw. informellen Regelungen als Voraussetzung für Investitionen,



★ Vereinbarkeit von Produzentenanreizen mit sozialen Kosten und Nutzen



★ Rechtsstaatlichkeit



Stabilität von Makrorahmen und Finanzsystem



★ Effiziente Geldpolitik zur Vermeidung von Überliquidität



★ Mittelfristig tragfähige Fiskalpolitik



★ Vorausschauende und vorsichtige Regulierung des Finanzsektors zur Vermeidung von exzessiven Risiken und Schocks



Verteilungsgerechtigkeit 1



★ Pro-poor Growth: arbeitsplatzfördernde und armutsbekämpfende Wachstumsstrategie



★ Sozialtransfers

★ Targeting



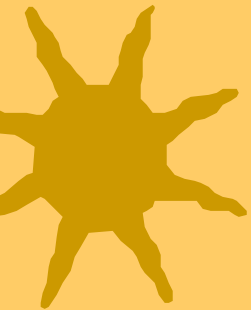
★ Anreizkompatibilität von Umverteilungsmassnahmen



Verteilungsgerechtigkeit 2

*Birdsall – de la Torre: “Washington-Contentious” Weg:
Gleichheit ohne Wachstumseinbussen (2001)*

- ★ - regelbasierte Fiskaldisziplin
- automatisch einsetzende Sozialmassnahmen
- Abschleifen starker Zyklizitäten
- Ausbildung auch für Arme
- umverteilende Steuer- und Ausgabenpolitik
- KMU-Förderung
- Schutz von Arbeitnehmerrechten
- aktive Bekämpfung von Diskriminierung
- Aufbau von Grundstücksmärkten
- konsumentengetriebene öffentliche Dienstleistungen





Gleichheitsfördernde Wachstumspolitik *– pro-poor Growth*

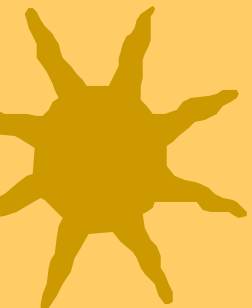


- ★ Aktive (nicht-neutrale) Makropolitik (“fiscal space”, kurz- vs. langfristig, Konsolidierung vs. Wachstum(?))
- ★ Nicht nur Beschränkung auf Sozialtransfers
- ★ Angepasste Infrastruktur
- ★ Arbeitsplatzschaffung
- ★ KMU-Orientierung/Mikrofinanzierung
- ★ Anreize zur Formalisierung des informellen Sektors
- ★ Lokale Zuliefer- und Wertschöpfungsketten bei Direktinvestitionen und Infrastruktur
- ★ Angepasste Technologie- und Innovationsentwicklung
- ★ Ländliche Entwicklung – Community Development
- ★ Stadtentwicklung





Country Ownership

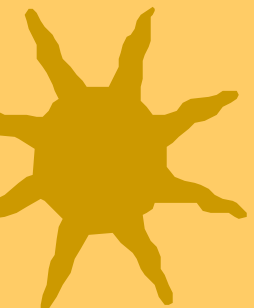


- ★ Essentielle Voraussetzung für tragfähige Entwicklung
- ★ Monterrey Consensus (FfD 2002)
- ★ PRSPs
- ★ Einbindung/Aufbau Zivilgesellschaft, Parlament, Interessengruppen
- ★ Good Governance, Bekämpfung von Korruption
- ★ C.O. muss mehr Platz fuer eigenständige und unkonventionelle Massnahmen lassen (Prioritäten, Sequenzierung, Gradualismus)



Rolle der EZA

-
- ★ Partnerschaft statt “Gnadenbrot”
 - ★ ODA als Finanzquelle **und** Wissenstransfer
 - ★ Quantität (0.7%, 0.39%, 0.33%)
 - ★ Qualität und Effektivität:
 - langfristige Zusage
 - Anpassung an Budgetzyklus
 - Budgethilfe statt Investitionssubvention
 - Orientierung am grössten Entwicklungseffekt
 - ad hoc Hilfen bei Naturkatastrophen, Risikoausgleich bei Volatilitäten, Wechselkursschwankungen, humanitäre Hilfe, Post-Conflict





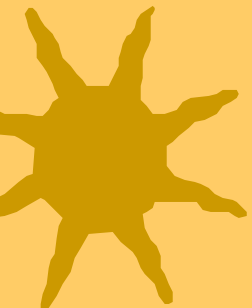
“Neue” Probleme der Weltbank

- ★ Governance Fragen
 - Voice and Participation
 - Schrumpfung
 - Grants vs. Loans
 - Resident Board
- ★ Einkommenssituation der Bank
- ★ Menschenrechte
- ★ Reduktion auf Core Business
- ★ Infrastruktur-Aktionsplan
- ★ Mitteleinkommensländer – “country systems”
- ★ Licus, post-conflict
- ★ HIPC, Debt Sustainability





“Neue” Rolle der Weltbank



- ★ Eine von vielen Entwicklungspartnerinnen –
Koordinierung, Kooperation
- ★ Mehr Wissens- als Finanzbank
- ★ Süd-Süd Lernen (Shanghai)
- ★ Aktivierung von Grants statt Krediten zur
Schuldenstabilisierung
- ★ Garant und Standard für umwelt- und
sozialgerechte Entwicklung (safeguards)
- ★ Betonung auf langfristige Tragfähigkeit des
Wachstumsprozesses